

ÖSTERREICHISCHE VERWALTUNGS WISSENSCHAFTLICHE BLÄTTER

Zeitschrift für Verwaltungswissenschaften – Ausgabe 01/2009

Herausgeber: Dr. Gerhart Holzinger – Dr. Theodor Thanner – Dr. Mathias Vogl – Mag. Gregor Wenda

Sehr geehrte Leserinnen und Leser der
Österreichischen Verwaltungswissen-
schaftlichen Blätter!

Das Jahr 2009 ist ein besonderes für
unsere Gesellschaft: Wir begehen den
60. Jahrestag unserer Gründung.

Dieses Jubiläum ist Gelegenheit, eine
Festveranstaltung durchzuführen. Diese soll
neben einer Standortbestimmung die Zu-
kunft der Verwaltungswissenschaften be-
leuchten.

Die Festveranstaltung wird am
17. März 2009, um 17.00 Uhr,
in 1010 Wien, Hohenstaufengasse 3,
stattfinden.

Ich lade Sie ein, sich diesen Termin schon
jetzt vorzumerken.

Einladungen ergehen mit gesonderter
Post.

Das Programm finden Sie auf unserer
Homepage www.oevg.info.

Sollten Sie Interesse an einer Zusendung
der Österreichischen Verwaltungswissen-
schaftlichen Blätter haben, so bitten wir um
eine Verständigung unter der E-Mail-
Adresse: oevg@gmx.at.



Univ.-Prof. Dr. Gerhart Holzinger

*Univ.-Prof. Dr. Gerhart Holzinger e. h.,
Präsident des Verfassungsgerichtshofes,
Präsident der Österreichischen Verwal-
tungswissenschaftlichen Gesellschaft*



Selbstregulierung – ein neues Paradigma im Regulierungsstaat?

Der Einsatz sog. selbstregulativer Steuerungsinstrumente wird als weltweiter Trend angesehen, der im engen Zusammenhang zur Einführung und Ausweitung des Regulierungsstaats steht. Hier stellt sich die Frage, wie der Einsatz von Selbstregulierungsinstrumenten und staatliche Steuerung insbesondere dann im Verhältnis zueinander stehen, wenn durch Selbstregulierung Aufgaben und Ziele von öffentlichem Interesse erreicht und sichergestellt werden sollen.

Nicht nur die OECD und die Europäische Union, sondern auch eine Vielzahl von Staaten werben für den Einsatz von Selbstregulierungsinstrumenten. Selbstregulierung sei nicht nur im Bereich der ökonomischen Regulierung von Netzwerkindustrien, sondern auch in einer Vielzahl anderer Politikfelder von Staat und Verwaltung sinnvoll zu nutzen. In diesem Zusammenhang wird auch auf Maßnahmen zur „Verbesserung der Rechtsetzung“ („Better Regulation“) verwiesen; auch hier wird der Einsatz von Selbstregulierung – sowie flankierender Maßnahmen – propagiert.

Als Beispiel dient Großbritannien. Hier wurde in den letzten Jahren verstärkt auf die Notwendigkeit der Nutzung von Selbstregulierungsinstrumenten in verschiedenen Programmen und Publikationen hingewiesen. Beispiele sind z.B. das „Communications White Paper“ zur Regulierung des Telekommunikations- und Mediensektors (2000), das Gesetz zur Einrichtung eines Kommunikationsregulierers (2003), das Office of Fair Trading (Kartellamt, 2003) oder die Better Regulation Task Force (BRTF, 1999–2005). Mit der BRTF wurde von der britischen Regierung eine Institution eingesetzt, die als eine zentrale Aufgabe für den Einsatz von Selbstregulierung wirbt.

Fraglich ist hier, ob der Einsatz von Selbstregulierungsinstrumenten im Kontext der Propagierung des „Regulierungsstaates“ zu einer Reduktion staatlicher Regulierungsaktivität geführt habe, und ob darüber hinaus auch der staatliche Einfluss insgesamt reduziert und zurückgeführt worden sei. Auch sei zu klären, ob öffentliche Interessen bei der Nutzung von Selbstregulierung gesichert

würden. In der **Literatur** stehen sich zwei gegensätzliche Ansätze zur Interpretation des Verhältnisses von Staat und Selbstregulierung gegenüber. Einerseits wird die **zentrale Rolle des Staates** hervorgehoben: Es wird argumentiert, dass im 20. Jahrhundert durch Europäisierung und Globalisierung Selbstregulierung insbesondere dann Anwendung findet, wenn dies von Seiten des Staates koordiniert, auf Basis rechtlicher Vereinbarungen definiert und von staatlichen Stellen überwacht wird (M. Moran). Im Gegensatz dazu kann auch eine **weniger prominente Rolle des Staates** angenommen werden. Hier wird auf die Bedeutung von dezentralen, nicht von staatlicher Seite initiierte Dynamiken verwiesen. Hohe Komplexität in modernen Gesellschaften, Fragmentierung und Verteilung von Macht und Wissen führten dazu, dass Entscheidungen für die Einrichtung selbstregulativer Instrumente unter Beteiligung vieler Akteure in dynamischen und komplexen Systemen und Netzwerken getroffen würden. Der Staat sei hier nur einer von vielen Akteuren (J. Black).

Die Autoren verbinden beide dargestellten Ansätze und verweisen auf den Aspekt der „Subsidiarität“. Danach sind sowohl der Staat zur Sicherung öffentlicher Interessen, als insbesondere auch Akteure, die möglichst eng mit dem zu regelnden Sachverhalt befasst sind, an der Entscheidung zu Selbstregulierungsinstrumenten wie auch deren Nutzung und Anwendung beteiligt.

Vor diesem Hintergrund wird eine **Kategorisierung** des Begriffs „Selbstregulierung“ vorgestellt, die das Verhältnis dieses Instruments zum Einfluss des Staates bzw.



staatlicher Regulierung darstellt. Hier wird zwischen „mandatierten“ und „nichtmandatierten“, d.h. von staatlicher Seite initiierten und mit einem „Mandat“ versehenen – bzw. nicht versehenen – Selbstregulierungsinstrumenten unterschieden.

Wie wird nun das öffentliche Interesse bei Nutzung von Selbstregulierung sichergestellt? Insbesondere aufgrund der möglichen Reduktion öffentlicher Autorität durch Selbstregulierung verbunden mit einem oft anzutreffenden öffentlichen Misstrauen gegenüber solchen Lösungen, kann die Annahme getroffen werden, dass das öffentliche Interesse bei Nutzung regulativer Lösungen – Gesetzen und hoheitlicher Regulierung – besser sicherzustellen sei als im Fall der Selbstregulierung.

Gegen diese Annahme wird argumentiert, dass Selbstregulierungsinstrumente nicht zu einer Abspaltung, sondern allenfalls zu einer Dezentralisierung von staatlicher Einflussnahme führen. Der Staat habe seinen Einfluss nicht abgegeben, sondern es sei weiterhin nötig, eine **nachhaltige Aufsicht** und Überwachung sicherzustellen und zu intervenieren, wenn dies staatlicherseits für notwendig erachtet werde.

Grundlage hierfür sei aber eine **klare Verteilung von Verantwortlichkeiten zwischen den Institutionen und Ausweitung von Transparenz und Überwachungsinstrumenten**. Gerade dies sei eine Stärke des Regulierungsstaates im Gegensatz zum klassischen Wohlfahrtsstaat.

Um dies sicherzustellen, wird auf **neue Techniken der Regulierung** mit Instrumenten und Maßnahmen zur Verbesserung der Rechtsetzung verwiesen. So stellt z.B. die Festlegung von Prinzipien der guten Regulierung wie Proportionalität, Transparenz, Konsistenz oder Zielorientierung eine Hilfestellung dar. Zur Verbesserung der Transparenz und Überwachung von Selbstregulierungsinstrumenten wird insbesondere auf drei Dimensionen verwiesen:

- (1) Begründung von Entscheidungen, insbesondere durch Nutzung des Instruments der Gesetzesfolgenabschätzung,
- (2) Bereitschaft zur Einbeziehung Dritter durch Konsultation und Auditierungsverfahren,
- (3) Möglichkeit der Durchführung unabhängiger Evaluationen und Reviews.

Weiterhin wird auf weitere Mechanismen zur Ausweitung von Transparenz im Bereich der Selbstregulierung verwiesen: Einsetzung von Stellen, um Beschwerden abzugeben (Ombudsmann), intensive Einbeziehung von Konsumenten und Verbraucherschutzverbänden, Intensivierung des Einsatzes von Marktmechanismen und Verpflichtung zur Vorlage von Informationen zu Preisen und Dienstleistungsqualität.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das öffentliche Interesse bei der Nutzung von Selbstregulierungsmechanismen insbesondere dann sichergestellt wird, wenn Aufsichtsinstrumente zur Erhöhung der Transparenz und Darstellung der Verantwortlichkeiten genutzt sind. Dies sei aber nicht mit einer Rückführung des Staates gleichzusetzen. Speziell von staatlicher Seite eingeführte Maßnahmen zur Sicherung der Transparenz zeigen, dass ein verstärkter Einsatz von Selbstregulierung gerechtfertigt ist (aus: Public Administration, Band 85, Nummer 4, 2007, S. 885-905, übersetzt und publiziert von der deutschen Sektion des Internationalen Verwaltungswissenschaftlichen Institutes).



Veranstaltungsbericht: Buchpräsentation am 29.10.2008

Zur offiziellen Präsentation des Kommentars „Bundesstraßenrecht inklusive Mautrecht“ von Dr. Johannes Hörl und Dr. Andreas Winkler trafen am 29.10.2008 hochrangige Vertreter der österreichischen Infrastrukturszene in den Räumlichkeiten der Bundeswettbewerbsbehörde in Wien zusammen.

Die Laudatoren – der Präsident des österreichischen Gemeindebundes Helmut Mödlhammer, Aufsichtsratsvorsitzender der ASFiNAG Eduard Saxinger sowie der Vizepräsident der österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Gesellschaft, Sektionschef Mathias Vogl – freuten sich unisono über die erste systematische Gesamtübersicht zum Straßenverkehrsinfrastrukturrecht, welche auch das gesamte Mautrecht beinhaltet.

Zum Thema „Straße und Recht“ referierte im Anschluss Univ.-Prof. Bernhard Raschauer und hob dabei das Verhältnis zwischen Juristen und Technikern in pointierter Weise hervor. Der Generaldirektor der Bundeswettbewerbsbehörde Theo Thanner und die Autoren des Kommentars Rechtsanwalt Johannes

Hörl und Associate Andreas Winkler begrüßten unter anderen den Vorsitzenden des Bundesvergabeamtes, Michael Sachs, den Leiter der WKÖ Abteilung Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, Michael Grubmann, sowie den Rechtsexperten des ÖAMTC, Markus Hoffer.

Unter den 100 Anwesenden, die sich zur Bedeutung von Straßen für die Infrastruktur und die Wirtschaft austauschten, wurden weiters gesichtet: Hubert Resch (Legal Counsel, ASFiNAG), Rainer Rößlhuber (Generalsekretär der Österreichischen Sportunion) sowie Univ.-Prof. Christian Piska, Univ.-Prof. Gerhard Baumgartner und Rechtsanwalt Stefan Eder (EMEA Group Head Finance & Projects, DLA Piper).



Präs. Helmut Mödlhammer (Österr. Gemeindebund/ÖGemB), Vizepräs. SC Dr. Mathias Vogl (Österr. Verwaltungswissenschaftliche Gesellschaft/ÖVG), Univ.-Prof. Dr. Bernhard Raschauer (Uni.Wien/Inst. für Staats- und Verwaltungsrecht, Abt. „Öffentliches Wirtschaftsrecht“), RA Dr. Johannes Hörl (DLA Piper Weiss-Tessbach Rae GmbH, Finance & Projects, Autor), GDir. Dr. Theodor Thanner (Bundeswettbewerbsbehörde/BWB, Gastgeber), Dr. Andreas Winkler (DLA Piper Weiss-Tessbach, Finance & Projects, Autor), Präs. RA Dr. Eduard Saxinger (Vorsitzender des Aufsichtsrates der ASFiNAG, Partner von Saxinger, Chalupsky & Partner Rae GmbH), GF Prof. Herbert Klein (Neuer Wissenschaftlicher Verlag/NWV) (v.l.n.r.)



Aktuelle Literatur zu verwaltungswissenschaftlichen Themen

Van Dooren, Wouter et Van de Walle, Steven (2008): Performance Information in the Public Sector. How it is Used.

Performance information has long permeated the public sector. The actual use of performance information however has long been taken for granted. This book is one of the first to bring together an international team of acclaimed academics focusing on how and whether politicians, public officials, and citizens use public sector performance information.

Tauberger, André (2008): Controlling für öffentliche Verwaltung

Der Autor vertritt den Standpunkt, dass Verwaltungscontrolling ein integratives Element darstellt und so auszugestalten ist, damit die verschiedensten Ansätze einer Reform der öffentlichen Verwaltung zielgerichtet miteinander verbunden werden können. Der Autor entwickelt die Grundzüge eines auf die Besonderheiten der öffentlichen Verwaltung zugeschnittenen Controllingkonzeptes.

Staatskanzlei Kanton Aargau (Hrsg.) (2008): Perspektive Staat, Herausforderungen für staatliche Führungskräfte

International, aber auch innerhalb der Eidgenossenschaft und zwischen den Kantonen verschärft sich der Standortwettbewerb. Das Top-Verwaltungsmanagement ist verstärkt gefordert, insbesondere in Strategiearbeit, Wissensmanagement und zeitgemäßer Staatskommunikation.

Jung, Stefan (2008): Die Form der Reform

„Die Form der Reform“ untersucht aus einer system- und formtheoretischen Perspektive die Funktion, die Reformen in einer öffentlichen Verwaltung haben. Die Untersuchung versteht sich als Beitrag zur Verwaltungswissenschaft und entwickelt aus der Perspektive der soziologischen Systemtheorie sowie der ihr nah stehenden Formtheorie Ansätze, um die Bedeutung von Reformen in der Verwaltung zum Thema zu machen.

Schmidt, Nicolas (2008): New Public Management im Parlament

New Public Management im Parlament ist in der Schweiz nach wie vor aktuell und weit verbreitet. Die Auswertung der Kritiken am NPM in der Literatur zeigt aber, dass insbesondere die Wirkungsorientierung und die Steuerung des staatlichen Handelns durch das Parlament bei der Umsetzung der Reformen bemängelt werden. Dieses Buch greift die Steuerungsmöglichkeiten der Parlamente in den NPM-Reformkantonen auf.

Franck, Norbert (2008): Praxiswissen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

„Praxiswissen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ zeigt, wie Vereine und Verbände erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit machen können. Der Autor vermittelt Know-how und Handwerkszeug, um eine Organisation vorteilhaft zu präsentieren. Anhand vieler Beispiele aus dem Alltag gibt der Profi Tipps und Anregungen, wie die eigenen Public Relations verbessert werden können.

Malik, Fredmund (2008): Strategie des Managements komplexer Systeme

Der Management-Klassiker: Für Fredmund Malik kann der Weg in die Zukunft nur über die systemisch-evolutionäre Denkweise und die Anwendung der Kybernetik auf das Management führen. Denn Organisationen sind komplexe Systeme mit ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten und Verhaltensweisen, Systeme also, die ein ihrer Komplexität entsprechendes Management fordern.

Speyerer Forschungsbericht 254: Theoretische Aspekte einer managerialistischen Verwaltungskultur

Der Band enthält die Beiträge, die im Rahmen der Symposienreihe „Theoretische Aspekte der Verwaltungskultur“ an der ersten Sitzung des Arbeitskreises gehalten wurden. Die Beiträge befassen sich dabei mit dem Teilthema „Theoretische Aspekte einer managerialistischen Verwaltungskultur“. Beiträge kamen zu den Themen Verwaltungskulturen und Verwal-



tungswissenschaften, Verwaltung aus der Sicht der Managementlehre, Public Management Reforms: the Cultural Context, Management und Managerialismus in öffentlichen Unternehmen, Forschungsannäherungen an die managerialistische Verwaltung, Theoriezugänge zum bzw. Modelldenken im Öffentlichen Management, demokratiethoretische Kritik des öffentlichen Managerialismus sowie jeweils ein Kommentar zur managerialistischen Verwaltung aus Sicht der Rechtswissenschaft und der Wirtschaftswissenschaften.

Speyerer Forschungsbericht 255: Das Bürgerpanel – Ein Weg zu breiter Bürgerbeteiligung

Bei der hier vorliegenden Studie wurden

Panelbefragungen als ein Instrument genutzt, mit dessen Hilfe Bürger erstens unmittelbar an kommunalen Angelegenheiten beteiligt werden können und zweitens, weitere, intensivere Formen der Bürgerbeteiligung entwickelt werden sollten. Hierbei war von Anfang an nicht nur die Entwicklung eines theoretischen Konzeptes geplant, sondern dieses sollte auch direkt in die Praxis umgesetzt werden. Nachfolgend werden das Konzept und sein Ursprung erläutert und das Ergebnis der praktischen Anwendung des Konzeptes geschildert. Die Befragungen erfolgten dann an vier ausgewählten Kommunen und bei einer Gemeinde zu einem Sonderprojekt. Vorangestellt ist dem Konzept und den Befragungen eine Problemanalyse zur lokalen Bürgerbeteiligung.

Jahresbericht des Forschungsinstitutes für öffentliche Verwaltung

Der Jahresbericht 2007 des Forschungsinstitutes für öffentliche Verwaltung (FÖV) bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer wurde veröffentlicht.

Das Forschungsinstitut informiert mit diesem Jahresbericht über seine Forschung im Jahr 2007, seine laufenden und seine für 2008 bis 2012 geplanten Projekte und die Ergebnisse der Institutsforschung aus dem vergangenen Jahr. Er enthält damit einen prospektiven Teil (Arbeitsplan und mittelfristiges Forschungsprogramm) und einen dokumentierenden Teil (Jahresbericht).

Kapitel 2 geht auf die Grundlagen des Forschungsinstitutes ein. Dazu gehören die Organisation, die Mitglieder des Forschungsinstitutes, seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie die Organe des Forschungsinstitutes.

In Kapitel 3 wird auf die Forschungstätigkeit, unterteilt nach Sektionen bzw. sektionenübergreifende Forschungsschwerpunkte, eingegangen. Die laufenden und die im Berichtsjahr abgeschlossenen Forschungsprojekte, unterteilt nach den drei Sektionen „Modernisierung in Staat und Verwaltung“, „Staat und Verwaltung in der Mehrebenenpolitik“ und „Verwaltungshandeln zwischen öffentlichen und privaten Akteuren“ werden wiedergegeben. Da 2007 das Jahr der europäischen Ratspräsidentschaft war, befassten sich mehrere Forschungsprojekte mit europapolitischen Themen, beispielsweise Forschungen zur Umsetzung der EU-



Dienstleistungsrichtlinie, das Forschungsprojekt „Häusliche Strukturen und europäische Integration“ oder das Projekt von Herrn Siedentopf zum europäischen Verwaltungsraum und seinen Anforderungen an die Personalpolitik im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland.

Kapitel 4 gibt Auskunft über die programmgebundene Drittmittelforschung und den Servicebereich. Anschließend sind die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die durchgeführten Veranstaltungen und die nationalen und internationalen Beziehun-

gen dokumentiert. Weiterhin geht der Bericht auf die strategische Partnerschaft mit der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und dem Zentrum für Wissenschaftsmanagement (ZWM) ein. Ein statistischer Teil gibt Aufschluss über Organisation, Finanzierung und Personalfragen. Im Anhang finden sich eine Übersicht über die angeschlossenen Forschungsvorhaben, die Rechtsgrundlagen des Forschungsinstitutes sowie die Publikationen (aus: Verwaltungswissenschaftliche Informationen der deutschen Sektion des internationalen verwaltungswissenschaftlichen Institutes).

Termine im Jahr 2009

- **Österreichische Verwaltungswissenschaftliche Gesellschaft**
„60 Jahre ÖVG“, Festveranstaltung, 17. März 2009, 17.00 Uhr, Hohenstaufengasse 3, 1010 Wien
- **IIAS (International Institute of Administrative Sciences) Conference:**
Theme: The Conference theme is “The History and Future of Nation-Building, the Role of Public Administrations, Civil Servants and Public Finances”.
The 2009 IIAS (International Institute of Administrative Sciences) Conference will be held from 7 to 11 July at the University of Helsinki. The Conference is being organised by the Finnish National Section of IIAS, the University of Helsinki and the Ministry of Finance (Finland), as the main partners.
- **Research Group “Integrity of Governance” of the VU University, supported by EGPA, ASPA, IIAS and a number of local sponsors and partners:**
Governing Good and Governing Well – The First Global Dialogue on Ethical and Effective Governance will take place from the 28th until the 30th of May 2009. Amsterdam
- **American Society for Public Administration, ! European Group of Public Administration, ! School of Public Affairs and Administration, Rutgers University-Campus at Newark, U.S.A., Department of Public and International Affairs, George Mason University, Fairfax, Virginia, U.S.A., ! Trachtenberg School of Public Policy and Administration, George Washington University, Washington, D.C., U.S.A.:**
The Future of Governance in Europe and the U.S., Transatlantischer Dialog, Washington, 11.–13. June 2009
- **Deutsche Verwaltungshochschule Speyer:**
Bessere Rechtsetzung, Bürokratieabbau, 22. bis 24. April 2009, Berlin
- **Deutsche Verwaltungshochschule Speyer:**
Verwaltungsmodernisierung, 14. bis 16. Oktober 2009, Speyer



Österreichische
Verwaltungswissenschaftliche
Gesellschaft
p.A. Bundesministerium für Inneres
Rechtssektion
A-1014 Wien, Herrngasse 7
Telefon: 01 – 53126 – 2220
<http://www.oevg.info>
E-Mail: oevg@gmx.at



Werden Sie Mitglied der Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Gesellschaft – ÖVG.
Der Mitgliedsbeitrag beträgt 21 Euro pro Jahr.



Beitrittserklärung:

Ich erkläre meinen Beitritt zur Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Gesellschaft – ÖVG

Name/Funktion: _____

Adresse: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____

Bitte senden Sie die Beitrittserklärung entweder mit E-Mail an oevg@gmx.at oder an Monika Lang, p. A. Bundesministerium für Inneres, Herrngasse 7, 1014 Wien.



Impressum:

Die Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Blätter (ÖVwBl) sind ein Informationsmedium der Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Gesellschaft (ÖVG) für ihre Mitglieder – ZVR: 164880580

Im Sinne der Meinungsvielfalt stellt das .SIAK-Journal diese Seiten der ÖVG zur Formulierung ihrer Standpunkte zur Verfügung. Der Inhalt dieser Seiten muss sich daher nicht unbedingt mit den Ansichten der Redaktion des .SIAK-Journals decken.

Redaktion und Zusammenstellung: Dr. Theodor Thanner, E-Mail: oevg@gmx.at